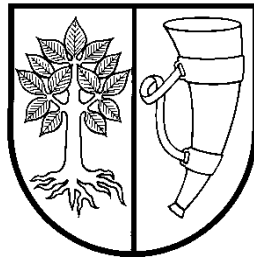


Stadt Friedrichshafen



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am 13.10.2014 Band 85 § 103

Anwesend:

Vorsitzender: OB Brand

Stadträte: Normalzahl: 40
Anwesend: 39
Abwesend: 1 (StRin Schmid entsch.)

Ausfertigungen:

EBM Dr. Köhler –
BM Hauswald – BM
Krezer – BSU –
AVL – OB-Büro –
SOZ – Stp

Konzeption Unterbringung Asylbewerber

Auf die als Anlage beigefügten Sitzungsvorlagen des Amtes für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt (**DS-Nr. 2014/103 und 2014/103/1**) wird Bezug genommen.

Nach der Beantwortung von Fragen wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

1. Der Konzeption zur Unterbringung von Asylbewerbern wird zugestimmt.
2. Die Gesellschafterin Stadt Friedrichshafen verpflichtet die Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbh (SWG), alle frei werdenden Wohnungen vor einer anderweitigen Belegung durch Dritte der Stadt Friedrichshafen mit einem Belegungsrecht sowie der Option für ein daran anschließendes Mietverhältnis mit dem Wohnungsinhaber anzubieten. Der SWG-Beirat ist dabei zu beteiligen.

3. Die Verwaltung wird eine abschließende Konzeption zur Gewährung von Anreizen hinsichtlich der Vermietung von Wohnungen an obdachlose Personen und Flüchtlinge gegenüber privaten Dritten dem Gremium zur Beschlussfassung vorlegen. Die Konzeption beinhaltet auch ein Förderprogramm zur Steigerung der Attraktivität hinsichtlich der Vermietung von privatem Wohnraum an Bedürftige.
4. Den überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 90.000 € im Jahr 2014 und 2015 zur Anmietung von Wohnraum und dem Deckungsvorschlag wird zugestimmt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Unterbringungskonzeption über die gesamten Maßnahmen hinaus dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung möglichst zeitnah, spätestens bis zum Jahresende 2014, vorzulegen. Die Unterbringungskonzeption ist um Vorschläge der Verwaltung zu einem begleitenden humanitären Betreuungs- und Integrationskonzept zu ergänzen. Es soll dem Ziel dienen, Kooperationsmöglichkeiten der Stadt Friedrichshafen mit geeigneten nichtstaatlichen Trägern der Flüchtlingssozialarbeit, DRK, ehrenamtlichen Netzwerken, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zu klären und zeitnah umzusetzen.